

Schlagzeilen zum Nachdenken

Arndt über Doppelhaushalt 1971/72: Solche Schulden hat Hessen noch nie gehabt

Defizit bereitet Minister schlaflose Nächte
Rotstift rücksichtslos bei Kürzungen eingesetzt / „Wettlauf der Landkreise stoppen“

Hessen vor Schuldenberg

Arndt: Landtag soll „Einsparungsmaschine“ werden

Lesen Sie hierzu
den Leitartikel
auf Seite 2

lesen Sie heute

„Bildungsnotstand“
Seite 2

„Verpaßte Chancen“
Seite 4

Die Unruhe unter den Eltern wächst
Seite 3

SDO-Kommunal
Seite 6

„Willi meint“
Seite 9

Woche der DKP
Seite 10

„Bildungsnotstand“

Die Titelseite soll keine Angstpsychose erzeugen, sondern ein Bild vermitteln, das dieses Thema schon oft behandelt, an Aktualität und Intensität nichts eingebüßt hat. Nein, es scheint sogar, daß das Bildungsproblem noch schlimmere Formen annehmen wird. Die Zeitungen berichten dem interessierten Leser jüngst, daß der sich abzeichnende Finanzengpaß dem zuständigen Landesminister Rudi Arndt schlaflose Nächte bereitet, daß er rigoros streichen muß. Von 5700 geforderten Lehrern kann er wegen Geldmangels nur 3200 bewilligen. Damit nicht genug: Bei Schulbauten sind keine Erhöhungen im Etat möglich. Der Minister meinte hierzu, daß „viele hochgeschossenen Pläne kaum zu realisieren sind“ und daß „der Wettlauf der Landkreise“ gestoppt werden muß. „Einige Landräte haben lustig drauflosgebaut“, ohne daß die Projekte finanziell abgesichert seien. Aber waren diese Schulbauten nicht dringend notwendig? Wie steht es in dieser Hinsicht mit Mörfelden?

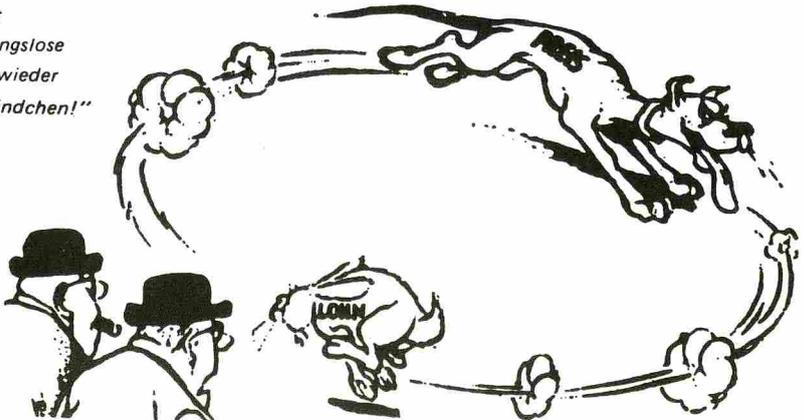
Hat man für die neue Schule auch genügend Lehrpersonal?

Das heißt, unsere Kinder werden für diese fehlenden Lehrer weniger Unterrichtsstunden haben, weniger lernen. Das heißt, Klassenräume werden fehlen, das Gespenst „Schichtunterricht in Schulen“ wird uns weiter verfolgen. Da zahlen wir Steuern, damit u.a. unsere Kinder für ihre Zukunft gebildet werden, damit sie in ihrer Welt bestehen können, und Vater Staat gibt das Geld anderweitig aus.

Gerade zu diesem Zeitpunkt, da wir dachten, jetzt haben auch die Regierenden endgültig begriffen, daß wir in der Bildung gegenüber anderen Industrienationen um ca. 15 bis 20 Jahre zurückliegen, also einen großen Nachholbedarf haben, hat man für die Rüstung Geld. Ja sogar soviel, daß man diesen Etatposten noch erhöhen kann. Unbedingt notwendig ist eine Finanzreform, die Land, Kreis und Gemeinden mehr Steueraufkommen gibt, um den sozialen und kulturellen Aufgaben gerecht zu werden. Machen wir uns ein paar Gedanken zu des Ministers Satz: „Solche Schulden hat Hessen noch nie gehabt.“

R.D.

„Jetzt hetzt
der erbarmungslose
Hase schon wieder
das arme Hündchen!“



Unruhe unter den Eltern wächst

Rund 500 Eltern, die sich am 27.1.1971 im Bürgerhaus zusammengefunden hatten, wurden von dem Elternbeiratsvorsitzenden K. W. Ziebler, von Baudirektor H. Göbel und Konrektor Maier über den Komplex des geplanten Neubaus der Gesamtschule Mörfelden/Walldorf informiert. Es tauchte eine ganze Reihe von Problemen auf, auf die wir im einzelnen noch näher eingehen wollen. Nur wenige Eltern waren sich wohl im Klaren darüber, mit welchen Schwierigkeiten sie unter Umständen in Zukunft zu rechnen haben.

Fest steht jetzt schon, daß eine Gesamtschule für den Raum Mörfelden/Walldorf nicht ausreicht. Bedingt durch den Bevölkerungszuwachs und die kommunalpolitische Entwicklung der beiden Städte müßte mit dem Bau der zweiten Schule bereits begonnen werden, noch bevor die erste endgültig fertiggestellt ist. Dabei stellt sich die bange Frage, die auch Baudirektor Göbel nicht zuverlässig beantworten konnte, ob die Finanzierung gesichert ist und ob der geplante Baubeginn und der Fertigstellungstermin des 1. Bauabschnitts feststeht.

Zu solchen Fragen muß man kommen, wenn man hört, daß im Februar erst die abschließende Untersuchung der Heizungsfrage geklärt werden soll; außerdem hofft man, daß ein spätes Frühjahr nicht auch einen späteren Baubeginn bedeutet.

Als bedenklich erscheint uns weiterhin, daß bis jetzt noch nicht feststeht, ob die Förderstufe (Zusammenfassung aller Kinder des 5. und 6. Schuljahres) diesen Herbst eingeführt werden kann, obwohl sie laut Schulentwicklungsplan bereits für das Schuljahr 70/71 vorgesehen war. Der Grund für das evtl. weitere Hinausziehen dieses ersten Schrittes der Chancengleichheit liegt am Lehrermangel, oder besser gesagt an der Bereitstellung der Mittel hierfür. Wie wir erfahren konnten, werden für Mörfelden und Walldorf zusammen 15 Lehrer der Förderstufe benötigt.

Andererseits müssen die Kinder der 4. Klasse, die bei Nichteinführung der Förderstufe eine weiterführende Schule besuchen wollen, bis zum 31.3. umgemeldet sein. Wenn nun jemand, wegen der Zurückstellung der Förderstufe, sein Kind dieses Jahr noch einmal am Gymnasium in Groß-Gerau anmeldet, ist dieses Kind dann gezwungen, die nächsten 9 Jahre nach Groß-Gerau zu fahren, obwohl in Mörfelden eine neue Gesamtschule mit den gleichen Bildungsmöglichkeiten steht?

Die Eltern sind über die vielen Unklarheiten und offenen Fragen sehr beunruhigt. Leider konnte man an diesem Abend keine verbindlichen Auskünfte erhalten. Vielen Eltern wäre es lieber gewesen, ein kompetenter Mann des Schulamtes wäre bei dieser wichtigen Versammlung dagewesen. Er hätte diese Fragen sicher beantworten können. Oder kam er nicht, weil man selbst im Schulamt noch nicht weiß, wie es weitergehen wird und er Angst vor bohrenden Fragen hatte? Es ist fast unbegreiflich, daß im SPD regierten Kreis Groß-Gerau des SPD/FDP regierten Landes Hessen, Eltern kurz vor Toresschluß mit solchen Dingen konfrontiert werden und gezwungen sind, durch Resolutionen, Eingaben etc. Dinge zu erzwingen, die ganz einfach Aufgabe der Schulbehörde, der Kreisverwaltung und des Kultusministers sind. Wenn diese Leute nicht in der Lage sind, vorausschauend zu planen und zu handeln, müssen sie durch qualifiziertere Kräfte abgelöst werden oder sie sollten wenigstens den Mut haben, die echten Hintergründe der auf uns zukommenden Schulmisere offen einzugestehen. Wie soll es weitergehen, wenn die zum 1.9.71 versprochenen neuen Schulräume und die unbedingt notwendig werdenden Lehrkräfte nicht zur Verfügung gestellt werden? Mörfelder Lehrer sind jetzt schon durch Personal- und Raummangel sehr überfordert.

Die letzten Zeitungsmeldungen haben unsere Unruhe noch gesteigert. Der Hessische Finanzminister Rudi Arndt hat schlaflose Nächte wegen des Schuldenbergs von 5,4 Milliarden DM, der sich in Wiesbaden inzwischen angehäuft hat. So wurden dem Kultusminister von 5 600 geforderten Lehrerstellen nur 3 200 bewilligt. Für 1972 sieht der Finanzminister noch schwärzer, wenn der Bund nicht einen größeren Anteil seiner Einnahmen an die Länder abtritt.

Wer den Großen nichts nimmt und die Rüstung nicht senkt, der muß bei der Bildung auf Sparflamme kochen.

Verpaßte

Chancen

In zwei vorausgegangenen „blickpunkt“-Ausgaben schilderten wir Ereignisse vor 25 Jahren. Wir erhielten darauf viele Hinweise aus der Bevölkerung, für die wir uns herzlich bedanken.

Es ist klar, daß solche Kurzbeiträge immer Lücken aufweisen. Es ist auch unmöglich, politische Ereignisse nur in Mörfelden zu registrieren, ohne die Entwicklung außerhalb der Stadtmauern zu erwähnen. Trotzdem ist das Zusammentragen der Geschehnisse nicht unwichtig. Wir bitten die Bevölkerung, uns weiterhin dabei zu helfen.

Warum verpaßte Chancen?

Im letzten „blickpunkt“ beschrieben wir die Arbeit der Einheitsausschüsse zwischen SPD und KPD nach 1945. Tatsächlich sah es damals so aus, als käme es zu einer Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Der Zentralausschuß der SPD veröffentlichte am 15. Juni 1945 im Namen der Gesamtpartei einen Aufruf, in dem es u.a. hieß: „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft! Wir sind bereit und entschlossen, hierbei mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien, zusammenzuarbeiten. Wir begrüßen daher aufs wärmste den Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945. Jedes eigensüchtige Parteiengezänk, wie es das politische Schlachtfeld der Weimarer Republik erfüllte, muß im Keime erstickt werden.“

Diese richtigen Einsichten wurden bald abgelöst durch erneuten Antikommunismus. Hauptschuld daran hatten die westlichen Besatzungsmächte und die einheimische Reaktion. Sie betrieben die Geschäfte des Großkapitals, das natürlich Angst haben mußte vor der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien.

Während des Parteitages der SPD in Hannover, am 10. Mai 1946, schrieb das Hauptquartier der britischen Militärregierung:

„... es liegt nicht im Interesse der Militärregierung, eine Verschmelzung der SPD mit der KPD zuzulassen... Infolgedessen sind alle Versammlungen, die eine solche Verschmelzung als Ziel haben, nicht zugelassen.“

Darüber hinaus erschwerten die Methoden und Praktiken der immer mehr in den Vordergrund rückenden antikommunistischen Schumacher-Gruppe in der SPD, die Überwindung des zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten stehenden Trennenden. In Mörfelden tagte Anfang 1946 mehrmals ein Einheitskomitee aus Mitgliedern der SPD und KPD, in dem bei allem ehrlichen Bestreben die Widersprüche zutage traten. Unabhängig davon gab es eine gute Zusammenarbeit in allen Ausschüssen, die 1945 gebildet wurden, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Die kommunalen Ausschüsse (Fürsorgeausschuß, Versorgungsausschuß, Ernährungsausschuß, Wohnungskommission), bestanden bis zur ersten Wahl nach dem Krieg, die am 20. Januar 1946 stattfand.

Über 92 % für Sozialversicherung

Das Jahr 1946 war ein ausgesprochenes Wahljahr. Sechs Mal gingen die Bürger Hessens zur Urne. Bei der Wahl zum Kreistag, am 1. Dezember

1946, gab es in Mörfelden folgendes Ergebnis: Wahlberechtigt waren 3917 Bürger. Von den 2829 gültigen Stimmen erhielt die SPD 1134, die KPD 981, die CDU 585 und die LPD 132. Für die Aufnahme des Artikels 41 in die Hessische Verfassung stimmten 2344 Mörfelder Bürger.

Langsam normalisierte sich das Leben

Im Haushaltsplan der Gemeinde Mörfelden standen im Jahr 1946 RM 388 126,96 Einnahmen, RM 287 579,51 Ausgaben gegenüber. (Ein Vergleich: heute bewegt sich unser Etat auf die 5-Mill.-DM-Grenze.) Wenn das Leben auch langsam wieder in Gang kam, so herrschte doch viel Hunger und Not. Man machte beschwerliche Hamsterfahrten, las Ähren und Bueckern. Überall hing der selbstangebaute Tabak zum Trocknen („Scheuerbambeler“). Die Gespräche drehten sich um Kalorien und Lebensmittelzuteilungen. Der Normalverbraucher erhielt im April 1946 wöchentlich:

- 100 Gramm Margarine
- 600 Gramm Nahrungsmittel
- 62,5 Gramm Käse
- 62,5 Gramm Butter
- 200 Gramm Fleisch
- 1600 Gramm Brot
- 200 Gramm Kaffee-Ersatz
- 250 Gramm Hülsenfrüchte

Artikel 41

Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze) die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen,
2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet, die Großbanken und Versicherungsunternehmen, und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt.

Auf diesen wichtigen Artikel und seine Entstehung werden wir in der nächsten Ausgabe ausführlich eingehen.

50g Brot 11/115 1	50g Brot 11/115 1	50g Brot 11/115 2	50g Brot 11/115 2	Z 11 Hessen 501	L 11 Hessen 504	E 11 Hessen 509	E 11 Hessen 510	1000 g Brot 11/115 3a	1000 g Brot 11/115 2a	1000 g Brot 11/115 1a			
50g Brot 11/115 1	50g Brot 11/115 1	50g Brot 11/115 2	50g Brot 11/115 2	X 11 Hessen 502	L 11 Hessen 505	E 11 Hessen 511	E 11 Hessen 512	500 g Brot 11/115 3b	500 g Brot 11/115 2b	500 g Brot 11/115 1b			
50g Brot 11/115 1	50g Brot 11/115 1	50g Brot 11/115 2	50g Brot 11/115 2	Z 11 Hessen 503	L 11 Hessen 506	L 11 Hessen 507	L 11 Hessen 508	Brot 11 H Hessen 115	Brot C 11 Hessen 115	Brot B 11 Hessen 115	Brot A 11 Hessen 115	250 g Rahm. 11/115 1	
25 g Nahrungsmittel 11/115	25 g Nahrungsmittel 11/115	25 g Nahrungsmittel 11/115	25 g Nahrungsmittel 11/115	Deutschland Vereinigtes Wirtschaftsgebiet LEA HESSEN				11 S Nahrungsmittel Hessen 115	11 X Nahrungsmittel Hessen 115	11 W Nahrungsmittel Hessen 115	11 U Nahrungsmittel Hessen 115	250 g Rahm. 11/115 1	
25 g Nahrungsmittel 11/115	25 g Nahrungsmittel 11/115	25 g Nahrungsmittel 11/115	25 g Nahrungsmittel 11/115	Lebensmittelkarte für Erwachsene über 20 Jahre E 115 Monat JUNI 1948				FLEISCH 11 5 115/115					
25 g Nahrungsmittel 11/115	25 g Nahrungsmittel 11/115	25 g Nahrungsmittel 11/115	25 g Nahrungsmittel 11/115	Name				FETT P 11 Hessen 115	FETT O 11 Hessen 115	FETT N 11 Hessen 115	FETT M 11 Hessen 115	FETT K 11 Hessen 115	FETT G 11 Hessen 115
5 g FETT 11/115	5 g FETT 11/115	5 g FETT 11/115	5 g FETT 11/115	Name u. Anschrift mit Tinte eintragen Lose Großabschnitte sind ungültig! Bei Verlust der Karte kein Ersatz!				FETT 11 H Hessen 115	FETT 11 C Hessen 115	FETT 11 B Hessen 115	FETT 11 A Hessen 115	Käse Hessen 11/115	Käse Hessen 11/115
5 g FETT 11/115	5 g FETT 11/115	5 g FETT 11/115	5 g FETT 11/115	Wabenzahl Straße 11				FETT 11 H Hessen 115	FETT 11 C Hessen 115	FETT 11 B Hessen 115	FETT 11 A Hessen 115	Käse Hessen 11/115	Käse Hessen 11/115
10 g Zucker 11/115	10 g Zucker 11/115	10 g Zucker 11/115	10 g Zucker 11/115	Für je 100 g Zucker wahlweise 180 g Marmelade				500 g Zucker 11/115	250 g Zucker 11/115 B	250 g Zucker 11/115 A	200 g Zucker 11/115	125 g Kaffee- Ersatz 11/115	125 g Kaffee- Ersatz 11/115
10 g Zucker 11/115	10 g Zucker 11/115	10 g Zucker 11/115	10 g Zucker 11/115	Bestellschein für entrahmte EN Frischmilch 115				500 g Zucker 11/115	250 g Zucker 11/115 B	250 g Zucker 11/115 A	200 g Zucker 11/115	125 g Kaffee- Ersatz 11/115	125 g Kaffee- Ersatz 11/115

Die letzte Lebensmittelkarte vor der Währungsreform

Viele Mörfelder Männer waren um diese Zeit noch nicht aus der Gefangenschaft heimgekehrt. Nach einer Volkszählung am 29.10.1946, hatte Mörfelden 6763 Einwohner, 421 Bürger waren noch in Kriegsgefangenschaft.

„Entnazifizierung“

Im Mai 1946 wurden von der Militärregierung Fragebogen ausgegeben, mit denen man die politische Vergangenheit der Bürger durchleuchten wollte. „Jede deutsche Person über 18 Jahre“ hatte ihn auszufüllen. Die Fragebogen hatten bis zu 131 Fragen.

Mit der Ausgabe begann die sogenannte „Entnazifizierung“, die übrigens nie konsequent erfolgte. Am 1. Mai 1946 wurden in Groß-Gerau Spruchkammern „zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ gebildet. Die Vorsitzenden, Kläger, Sachbearbeiter und Beisitzer wurden von den damals bestehenden Parteien SPD, KPD, CDU und LDP vorgeschlagen. Eine richtige „Entnazifizierung“ gab es allerdings nie.

Man „hängte die Kleinen“ und „ließ die Großen laufen“. In Nürnberg wurden die Nazi-Kriegsverbrecher Papen, Schacht und Fritzsche freigesprochen. In Darmstadt stufte man z.B. einen Dr. Depenth, er war an einem NS-Sondergericht, als „Mittläufer“ ein. Im ganzen Land fragten sich konsequente Antifaschisten, was von den Rechtsgrundsätzen übrigblieb, wenn man kleine Nazis schwer bestraft, die Hauptverantwortlichen der Katastrophe aber straflos ausgehen läßt.

Viele belastete Nazis versuchten mit allen Mitteln der Bestechung „Persilscheine“ (Entlastungsschreiben) zu erhalten, was ihnen in vielen Fällen gelang. Kommunisten und andere überzeugte Antifaschisten waren in der Minderheit, und nicht in der Lage, diese Entwicklung zu stoppen. Die Mitglieder der KPD zogen daraus die Konsequenzen und verließen 1947 die Spruchkammern. Das „Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus“, am 5.3.1946 erlassen, wurde nie erfüllt.

(Lesen Sie in der nächsten Ausgabe „Die Sache mit dem Artikel 41“)



Hier berichten wir regelmäßig über wichtige Ereignisse im Mörfelder Stadtparlament und über die Arbeit der SDO-Fraktion.

Neue Gesamtschule soll Geschwister-Scholl-Schule heißen

Ebenfalls einstimmig beauftragten die Stadtverordneten den Magistrat, im Einvernehmen mit der Stadt Walldorf bei der Hessischen Landesregierung und beim Landkreis Groß-Gerau den Antrag zu stellen, die neue Gesamtschule in Geschwister-Scholl-Schule zu benennen.

Dieser Tagesordnungspunkt ging auf einen Antrag der SDO-Fraktion zurück, in Mörfelden bei der kommenden Namensgebung für Straßen und für die Gesamtschule der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus zu gedenken.

Die Fraktionen der SPD, CDU und FDP waren der Meinung, daß der Name „Geschwister-Scholl“ stellvertretend für alle und als Symbol jeden Widerstandes genügen soll.

Von der SDO-Fraktion wurden darüber hinaus weitere Vorschläge unterbreitet, die bei der Benennung von Straßen berücksichtigt werden sollten.

Heinz Hechler erklärte für die Fraktion:

„Diesen Teil des Antrags haben wir nicht zurückgezogen und fordern, daß er demnächst noch einmal zur Beratung steht.“

In einer Zeit, in der sich in der Bundesrepublik die Rechtskräfte von Strauß über Zoglman

bis Thadden formieren, in der sich die ‚Aktion Widerstand‘ auf Bundesebene konstituiert, in der Losungen wie ‚Willi Brandt an die Wand‘ und ‚Die Verräter an den Galgen‘ verbreitet werden, halten wir es für angebracht, mit einer solchen Ehrung auch in Mörfelden ein Zeichen zu setzen. Gerade heute gilt es, aus der Vergangenheit die Lehren zu ziehen. Die Männer, die in den finsternen Jahren des Naziregimes Widerstand leisteten, retteten das Ansehen Deutschlands. Diese Männer kamen aus allen Volksschichten. Es waren Sozialdemokraten und Kommunisten, Protestanten und Katholiken. Zu ihnen gehörte Graf Stauffenberg ebenso wie Ernst Thälmann. Wir sind es nicht zuletzt den Mörfeldern schuldig, die wegen ihres mutigen Auftretens viele Jahre ihres Lebens in Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbringen mußten.“

Akute Gefahr für die Bevölkerung

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mörfelden fordert die Auflösung des zwischen Mörfelden und Langen nördlich der B 486 gelegenen Munitionslagers. Sie sieht im Vorhandensein derartiger Einrichtungen in einem Ballungsraum in der Nähe unserer Stadt eine akute Gefahr für die Bevölkerung.“

Dieser SDO-Antrag wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommen. Heinz Hechler begründete für die SDO-Fraktion den Antrag und erklärte unter anderem:

„Da keine Stelle, vom Regierungspräsidenten bis zum Verteidigungsminister, vom US-Verbindungsoffizier in Wiesbaden bis zu höchsten amerikanischen Stellen in Deutschland, willens oder in der Lage war, Auskunft über die Art der gelagerten Waffen zu geben, muß angenommen werden, daß dort atomare, chemische oder bakteriologische Massenvernichtungsmittel lagern. Selbst bei der Deposition konventioneller Waffen in einem Ballungsraum wie dem unsrigen, besteht für die Bevölkerung der umliegenden Städte und Gemeinden eine ernste Gefahr.“

Aus dieser Erkenntnis heraus und aus der Überzeugung, daß die Beseitigung des Lagers ein Beitrag zur Entspannung in Europa wäre, haben wir diesen Antrag gestellt.“

Wenn dieser einstimmige Beschluß der Mörfelder Stadtverordneten der erste Schritt einer breiten Protestbewegung ist, der sich die umliegenden

und ebenfalls bedrohten Städte Walldorf, Egelsbach und Langen anschließen, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Jetzt kommt es darauf an, in derselben Einmütigkeit weitere Schritte vorzubereiten.

Die Forderung lautet:

„Weg mit dem Munitionslager“

Der Wald muß als Erholungsgebiet für alle da sein.

Eis- und Rodelbahn

Auch zu diesem Thema brachte „blickpunkt“ Nr. 2 bereits einen Leserbrief mit Anregungen. Nun ist wieder ein Jahr vergangen und in Mörfelden ist noch immer alles beim alten.

Auch dieses Jahr zogen die Kinder Ende Dezember und Anfang Januar wieder in Scharen mit ihren Schlitten zu Mörfeldens einzigem „Rodelberg“ in die Höheberge, um dort auf einer Waldschneise sich auszutoben. Andere fahren zum Schlittschuhlaufen nach Frankfurt.

Dabei dürfte es doch gar nicht so schwer sein, für die Kinder und Jugendlichen etwas zu schaffen. Wie aus der Presse zu erfahren war, hat man sich in unsrer Nachbargemeinde Zeppelinheim dazu entschlossen, auf dem Sportplatzgelände eine Natureisbahn anzulegen. 1000 qm sollen auf etwa 1000.— DM kommen. Die Aufschüttung von Frankfurter U-Bahn Aushub könnte auch im Laufe des Jahres die Rodelmöglichkeiten wesentlich verbessern. Die SDO-Fraktion ist bereit, in einer der nächsten Ausschusssitzungen weitere Vorschläge zu unterbreiten.

Offener Jugendclub

Bereits vor der Kommunalwahl 1968 hatte sich die SDO für die Errichtung eines täglich geöffneten Jugendzentrums eingesetzt. Im „blickpunkt“ Nr. 1 und 2 druckten wir bereits Zuschriften ab, in denen Jugendliche Vorschläge und Anregungen unterbreiteten. Als dann die Aktion des Stadtjugendringes „Ein Schuppen muß her“ und auch die Bemühungen von privater Seite, eine Diskothek zu eröffnen, scheiterten, brachten wir in „blickpunkt“ Nr. 5 erneut Vorschläge, die als Übergangslösung anzusehen waren.

Die SDO-Fraktion hat sich nun erneut in einem Brief direkt an den Magistrat gewandt und hier-

über eine Sitzung des Kultur- und Sportausschusses verlangt.

In unserer Nachbarstadt Walldorf ist bereits ein neues Jugendzentrum im Bau. Auch in Rüsselsheim hat sich auf diesem Gebiet einiges getan. Wie aus der Presse zu erfahren war, hat die Stadt vor, im Stadtteil Hasloch eine Gaststätte aufzukaufen und für die Jugend herzurichten.

Von Frankfurt wird berichtet, daß dort bereits das elfte Jugendcafé eröffnet wurde. Die Frankfurter Rundschau schreibt darüber:

„Gemütlich, holzgetäfelt und mit einer in einer Nische eingelassenen Bar präsentiert sich die neue Einrichtung. Das ‚Prunkstück‘ ist die Diskothek, die von den Jugendlichen selbst gebaut wurde.

Interessant war der Erfahrungsbericht, den einige Leiter von Jugendhäusern — aus Bonames, dem Riederwald und aus dem Jugendcafé Dornbusch — gaben. Danach kann das Jugendamt derartige Einrichtungen als Erfolg für sich buchen. Nach den Berichten haben sich viele junge Leute in den Cafés eingefunden und Kontakt zueinander bekommen. Wem das ‚Nur-Miteinander-Sprechen‘ oder ‚Nur-Treffen‘ nicht genügt, kann sich zu Diskussionen und anderen Veranstaltungen zusammenfinden, jedenfalls wird von den Leitern dieser Häuser und Cafés vieles und verschiedenes an die Jugendlichen hergetragen.“

Hoffentlich sieht man im Mörfelder Rathaus bald ein, daß auch für unsere Jugend eine solche Einrichtung geschaffen werden muß.

Wollte man vollendete Tatsachen schaffen?

In letzter Zeit tauchte immer wieder die Frage auf: „Was wird aus dem Mörfelder Forstamtsgelände?“ Die SDO-Fraktion schrieb deshalb am 12.11.70 an den Magistrat und bat um Auskunft hierüber. Außerdem beantragte sie eine Ortsbesichtigung, um sich ein klares Bild über den Zustand des Forstamtsgeländes bzw. über das gesamte Gelände machen zu können.

Am 19.11.70 antwortete der Magistrat wie folgt:

„Der Magistrat ist gerne bereit, die Stadtverordnetenversammlung zu einer derartigen Ortsbesichtigung einzuladen, jedoch sehen wir uns im Moment nicht in der Lage, Ihrem Ersuchen nachkommen zu können, da keine konkreten Pläne über die spätere Ausgestaltung des Geländes hier vorliegen. Sobald dies der Fall ist, werden wir Ihrem Wunsche nachkommen.“

Wir halten diese Mitteilung für äußerst fragwürdig, denn bereits am 1.10.70 war der Bauausschuß zusammen und beschloß mit den Stimmen der SPD und CDU eine Empfehlung an das Parlament, wonach alle Gebäude auf dem Forstamtsgelände abgerissen und die Bebauung mit Büro- und Geschäftseinheiten erfolgen soll.

Bis zur Stunde hat sich das derzeitige Parlament noch nicht mit dieser Angelegenheit befaßt.

Daß der Magistrat anscheinend vollendete Tatsachen schaffen und keine Diskussion mehr aufgenommen lassen will, geht aus der Meldung des „Freitagsanzeigers“ vom 29.1.71 hervor. Dort steht unter anderem:

„Schneller als erwartet will die Stadt Mörfelden das alte Forsthaus am ‚Dalles‘ niederlegen. Der erste Bauabschnitt, die Volksbank Mörfelden, soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Weitere Bauabschnitte sind der Neubau des ‚Konsum‘ mit Nebengebäuden, und als drittes soll der Bau eines Büro- und Verwaltungsgebäudes in Angriff genommen werden.“

Bürgermeister Bachmann bezieht sich dabei auf einen Beschluß aus dem Jahre 1966, der uns nicht bekannt ist, da die SDO zu dieser Zeit noch nicht im Parlament vertreten war.

Bis heute hat die SDO-Fraktion noch keine Stellungnahme über die Weiterverwendung des Forstamtsgeländes abgegeben. Wir wollten uns anläßlich der bis heute noch ausstehenden Besichtigung ein Bild über die Größe des Geländes und den Zustand der Gebäude machen. Ohne detaillierte Vorschläge zu unterbreiten, dies sollte erfahrenen Städteplanern vorbehalten bleiben, möchten wir aber das Vorhaben des Magistrats, wie wir es aus der Presse kennen, ablehnen. Dieses Gelände ist im alten Stadtkern noch die einzige freie Fläche, die sich für eine parkähnliche Anlage eignet. Andere Städte würden uns um eine solche Möglichkeit beneiden. Ob außer einer Grünfläche auch noch ein Stadtcafé, wie es die FDP vorschlägt, oder ein Jugendzentrum vorgesehen wird, kann noch in Erwägung gezogen werden. Auf keinen Fall werden wir jedoch der Maszierung eines Einkaufszentrums mit Bank- und Verwaltungsgebäuden unsere Zustimmung geben.

WILLI



Gefahr für Kinder!

Da klagte mir neulich eine Frau aus „Sachsenhausen“ (Wohngebiet südlich der Groß-Gerauer Straße) ihr Leid, daß sie ständig Angst um ihre Kinder habe, die zur Schule gehen und zu diesem Zweck die belebte B 44 überqueren müssen. Beim Weggehen begleitet sie ihre Kinder bis über die Straße, auf dem Nachhauseweg sind die Kinder allein der Gefahr ausgesetzt. „Eine Ampel muß her“, forderte die Frau. Ich habe mir den Verkehr auf dieser Straße einmal längere Zeit angesehen, wirklich ein akuter Gefahrenpunkt! Besonders für Kinder. Bis zum Bau der Umgehungsstraße sollte man wenigstens für Zebrastreifen sorgen, meint Willi

Neuer Arzt

Seit Beginn dieses Jahres hat Mörfelden einen neuen praktischen Arzt. Wir freuen uns sehr darüber, daß die stetigen Bemühungen zur Abhilfe des Notstandes in der ärztlichen Versorgung Erfolg hatten. Doch ist damit das Problem ärztlicher Versorgung nicht endgültig gelöst. Die Gesundheitsdeputation, im letzten Jahr auf Initiative der SDO gebildet, hat nun die Aufgabe, Fra-

gen zu erörtern, die es möglich machen, daß sich auch Fachärzte im Wohnraum Mörfelden/Walldorf ansiedeln. Über ein Ärztehaus war man sich schon weitgehend einig; die Stadtverordneten haben schon ähnliche Einrichtungen in der Umgebung besichtigt. Befriedigt haben einige Einrichtungen in Hinsicht auf beste patientengerechte Betreuung nicht. Auch der Artikel in der „Frankfurter Rundschau“, daß das Ärztehaus in Neu-Isenburg in Finanzschwierigkeiten sei und – wenn kein Zuzug von der Stadt, dem Kreis oder Land zu bekommen ist – über kurz oder lang geschlossen werden muß, hat unsere Meinung bekräftigt, daß ein gutes, allen Seiten gerecht werdendes Ärztehausstatut erstellt werden muß, bevor man Baupläne hegt. Fehler, die anderswo gemacht wurden, braucht man nicht zu wiederholen.

Schließt Bahnübergang?

Ich hörte und las von der geplanten Schließung des Bahnübergangs Rheinstraße (am Posten 88). Auch von der Anliegergemeinschaft „Erhaltet den Bahnübergang“. Der Bahnübergang wird in Zukunft noch stärkere Bedeutung gewinnen, wenn das neue Wohngebiet Steinweg Nord entsteht und die Gesamtschule ihren Betrieb aufnimmt. Entweder bleibt der beschränkte Bahnübergang oder es wird durch Über- oder Unterführung ein Ersatz geschaffen. Man kann nur hoffen, daß die berechtigten Argumente der Anwohner gegen eine Schließung bei den verantwortlichen Stellen Gehör finden. Neben der z.Z. laufenden Unterschriftenaktion müßte auch die Stadt, sofern sie es nicht schon getan hat, schärfsten Protest einlegen, meint Willi

Teurer Müll!

Hatte vorige Woche mein Zimmer tapeziert. Abfall und die alten Tapeten stopfte ich in einen handlichen Plastiksack. Da er mir aber bis zum nächsten „Großmülltag“ im Wege stand und Mörfelden eine Müllgrube hat, stellte ich ihn in meinen VW und fuhr hin... Meine Tochter (10 Jahre) durfte mitfahren.

Und nun beginnt der Witz. Am Eingang der Grube stand ein Mann und wollte 1,- Mark kassieren. Ich meckerte. „Ist Tarif!“, meinte er. Ich fragte ihn, was es denn kostete, wenn ich den Sack

auf dem Buckel reintrage. Kurzes Zögern, dann: „Ei, dann kostet es nix, da gibt es keinen Tarif“. War ja klar, daß ich zusammen mit meiner Tochter den Sack 'reingetragen habe. So schnell hatte sie noch nie eine Mark verdient.

Auf dem Heimweg kamen mir Gedanken, ob ich nun die Stadt betrogen? Sicher wäre es auch ein Beitrag gegen die Umweltverschmutzung, wäre der Pkw mit Haushalts- und Gartenabfällen kostenfrei. Mancher Müll würde deshalb nicht irgendwo in den Wald abgeladen meint Willi

O, diese Preise!

Obwohl ich nicht immer mit Euch einer Meinung bin, muß ich heute einen Brief an Euch schreiben, um meinen Ärger loszuwerden. Ich bin ein alter Mörfelder und war immer mit dem Volkshaus verbunden, ich halte auch viel von dem Bürgerhaus.

Nachdem ich aber bei der Jubilarehrung von unserer Bau-Steine-Erden im Bürgerhaus war und diese Preise gesehen habe, frage ich, haben wir das eigentlich gewollt. Daß oben in der Wirtschaft die Preise hoch sind, kann ich verstehen, da habe ich gar nichts dagegen, es ist eine wirklich schöne und gemütliche Wirtschaft. Das haben wir uns auch immer gewünscht, und das hat auch in Mörfelden gefehlt. Wenn man aber unten in dem kleinen Saal, wo noch nicht mal Tischdecken auf den Tischen liegen, die selben Preise bezahlen muß, finde ich das stark übertrieben.

Für so eine gelbe Limonade habe ich 1,80 DM bezahlen müssen und für ein kleines Glas Wein 2,- DM, das ist doch unerhört. Da bei Euch ja auch Leute vom früheren Volkshausverein sind, und der Artur Siegel sogar da vorn bei den Stadtverordneten ist, müßt Ihr Euch mal dafür einsetzen, daß wenigstens bei Veranstaltungen in den Nebenräumen vernünftige Preise verlangt werden.

Ein alter Freund

Das wär's für heute — auf neue Vorschläge und Kritik wartet wie immer

Willi

Woche der DKP

Vom 16. bis 23. Januar veranstaltete die Deutsche Kommunistische Partei eine Popularitätswoche. Zahlreiche Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet standen auf dem Programm, über die in der Presse verschiedentlich berichtet wurden. Auch die Ortsgruppe Mörfelden der DKP war aktiv in diesen acht Tagen. Sie hatte ihre Mitglieder aufgerufen, für die baldige Ratifizierung des Warschauer und Moskauer Vertrages bei der Bevölkerung Unterschriften zu sammeln. Auf Grund der Diskussion in der Öffentlichkeit über diese Verträge; die Angriffe der Rechtskräfte von Strauß über Zogman und Thadden, die Gründung der „Aktion Widerstand“, führte bei uns zu der Meinung, daß man hier aktiv werden müsse. Die Menschen sollten angesprochen und ihre Meinung für die Notwendigkeit einer alsbaldigen Ratifizierung der Verträge gefestigt werden. Darüber hinaus will man der Agitation von rechts nicht tatenlos zusehen. Die Unterschriftenaktion schloß recht erfolgreich ab. Es gab so gut wie keinen, der angesprochen wurde, der die Unterschrift verweigerte. Besonders Jugendliche begrüßten die Initiative.

Die „Woche der DKP“ in Mörfelden schloß mit einem Seminar am 23./24. Januar im Waldheim der Naturfreunde Mörfelden über das Thema „Lohn, Preis und Profit“ ab. Das Seminar wurde recht gut besucht und vertiefte die Grundkenntnisse in der marxistischen Theorie. Die Fragen: Was ist die Ware Arbeitskraft? Wer bestimmt ihren Wert und Preis? Kann man noch von einer Verelendung des Proletariats sprechen? Gibt es überhaupt noch ein Proletariat? Wie ist es mit der Abhängigkeit des Arbeiters? Wie sind diese Fragen im Sozialismus gelöst? etc. Alle Fragen wurden eingehend besprochen und diskutiert. Man schloß in der Überzeugung, daß nur der die Tagesfragen meistert, der in der Theorie Bescheid weiß. Nur wer das Grundwesen der kapitalistischen Ausbeutung erkannt hat, wird in seinem Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter die richtigen Schlußfolgerungen ziehen.

Heinrich Hechler III †

Am 19. Dezember starb unser Genosse Heinrich Hechler im Alter von 74 Jahren. Für den Verstorbenen galten die Worte des Dichters Nikolai Ostrowski, der einmal sagte:

„... das Herrlichste für den Menschen besteht darin, den Menschen mit dem, was man vollbracht hat, auch dann zu dienen, wenn man nicht mehr existiert.“

Das Leben von Heinrich Hechler war erfüllt. Für ihn gab es kein Schwanken, er wußte stets, wo er hingehörte, er stand immer auf der Seite der kleinen Leute, auf der Seite der arbeitenden Menschen. Von seiner frühen Jugend an war er ununterbrochen Gewerkschaftsmitglied, und viele Jahre gehörte er dem Vorstand des DGB-Ortskartells an. Er wußte, daß man sich organisieren muß, wenn man als Arbeiter etwas erreichen will. Schon als Kind lernte er von seinem Vater, der der damals noch revolutionären sozialdemokratischen Partei angehörte, das Einmaleins des Klassenkampfes. 1916 wurde Heinrich Hechler Soldat und mußte erleben, wie viele seines Jahrgangs für „Kaiser, Volk und Vaterland“ den Tod fanden. Er selbst wurde verwundet. Diese bitteren, grausamen Erfahrungen prägten fortan sein politisches Denken.

Als 1920 in Mörfelden die Kommunistische Partei gegründet wurde, war Heinrich Hechler dabei. Dieser Partei hat er bis zu seinem Tode die Treue gehalten, trotz Diffamierung, Verfolgung und ständiger Benachteiligung. Es war keine leichte Zeit. In der Arbeitslosenzeit, von der er auch betrof-

fen war, wurde der Volkshausverein gegründet, dem auch der Verstorbene angehörte.

Als 1933 die Faschisten in Deutschland ihr blutiges Regime errichteten, begann für Heinrich Hechler und seine Familie eine schwere Zeit. Er selbst wurde 1935 verhaftet und wanderte durch Zuchthäuser, um im Konzentrationslager Neu-Sustrum das Los der Moorsoldaten zu teilen.

Bei Kriegsbeginn wurde Heinrich Hechler zum zweitenmal Soldat; später wurde er nach Frankreich dienstverpflichtet. In seinen Papieren stand „politisch unzuverlässig“. Dieser von den Faschisten so bezeichnete war nach 1945 einer der „Zuverlässigsten“, als es galt, den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Für Heinrich Hechler bestand in dieser Zeit das Ziel, die Einheit der Arbeiterklasse, ein Zusammenarbeiten und -gehen von Sozialdemokraten und Kommunisten zu erreichen. Es war die Lehre aus der Vergangenheit vor 1933, daß niemals der Faschismus an die Macht gekommen wäre, wenn Kommunisten und Sozialdemokraten zusammengestanden hätten. So trat er nach 1945 ein für den Zusammenschluß von SPD und KPD. Wie anders wäre die Entwicklung in Deutschland verlaufen?!

Trotzdem hat er nie den Optimismus und seine Zuversicht verloren. Er wußte, und sagte es noch kurz vor seinem Tode: „Auch um die Bundesrepublik wird der Sozialismus keinen Bogen machen.“ Sein Leben hatte Inhalt und Sinn. Der Ehrenpräsident der Naturfreundebewegung sagte einmal: „Im Befreiungskampf des Proletariats mitgewirkt zu haben, gibt dem Leben Sinn und Weihe!“

Kennen Sie schon die



UZ Landesbüro Hessen
6 Frankfurt/Main 1
Cronstettenstraße 30
Telefon (06 11) 59 00 48

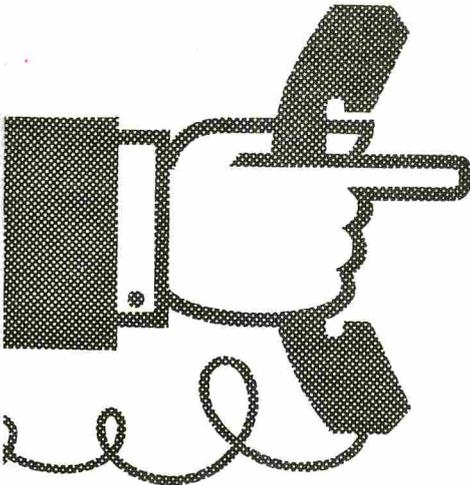
← *Probeexemplar
bestellen!*

Es ist mit Unkosten verbunden,
eine solche Zeitung herauszubringen.
Sie können über den
Herausgeber, die Verteiler

oder jedes Ihnen bekannte
Mitglied der DKP einen
finanziellen Beitrag
dazu leisten.

Liebe Leser,
der „blickpunkt“ hat mittlerweile viele Freunde in Mörfelden gefunden. Aus der
Bevölkerung kommen viele Anregungen. Das freut uns sehr. Sollten Sie ein Problem
haben, dann schreiben Sie uns. Oder Sie rufen uns einfach an.

Hier sind ein paar Telefon-Nummern:



3166

Rudolf Dötsch

3335

Heinz Hechler

3322

Sofie Haag